

**Antrag B-14**  
**AfB NRW****Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Nationaler Bildungsrat – Neugründung Nationaler Bildungsrat**

1 Die NRWSPD setzt sich dafür ein, dass der 1970 von der  
2 der SPD-geführten Bundesregierung unter Willy Brandt  
3 gegründete „Nationale Bildungsrat“ mit voller Kraft sei-  
4 ne Arbeit wieder aufnimmt.

5

6 Der nationale Bildungsrat soll als dauerhaftes Gremium  
7 eingerichtet werden, das unabhängig von der Kultusmi-  
8 nisterkonferenz an gemeinsam Zielen für das gesamte  
9 Bildungswesen auf der kommunalen Ebene, der Landes-  
10 ebene wie auf der Bundesebene arbeitet

11

12 Neben den Vertretern der Kommunen, der Länder und  
13 des Bundes sollen hier auch unbedingt Vertreter der Pra-  
14axis, der Wissenschaft, der Verbände, der Gewerkschaf-  
15ten sowie die Vertreter der Schüler- und Schülerinnen,  
16 der Eltern, wie der Lehrerinnen und Lehrer kontinuier-  
17lich mitarbeiten

18

19 Der nationale Bildungsrat hat dabei insbesondere auch  
20 die Aufgabe, für eine auskömmliche Finanzierung unse-  
21res gesamten Bildungswesens sowie eine gerechte Las-  
22tenverteilung zwischen Bund Ländern und Kommunen  
23 zu sorgen.

24

25 Die jeweils erarbeiteten Teilergebnisse der Kommissio-  
26nen des Bildungsrates werden kontinuierlich zur gesell-  
27schaftlichen Bewertung in unserer kommunalen und  
28staatlichen Gesamtgemeinschaft veröffentlicht.

29

30 Die erarbeiteten Ergebnisse werden den parlamentari-  
31schen Gremien auf der kommunalen, der Landes- wie  
32 der Bundesebene zur Verabschiedung vorgelegt.

33

**34 Begründung**

35

36 Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP auf Bun-  
37desebene lässt auf mehr Kooperation zwischen Bund,  
38 Ländern und Kommunen im Bildungsbereich hoffen. Die  
39 dauerhafte Beteiligung von Wissenschaft, Verbänden,  
40 Gewerkschaften von Schülerinnen und Schülern, von El-  
41tern, sowie Lehrerinnen und Lehrern ist dagegen nicht  
42 vorgesehen.

43

44 Die bereits von der letzten Bundesregierung von Union  
45 und SPD vereinbarte Neugründung des Deutschen Bil-  
46dungsrats soll eine langfristige Perspektive für das ge-  
47samte bundesdeutsche Bildungssystem erarbeiten und

48 dabei alle Bereiche von der frühkindlichen Bildung bis  
49 zur Hochschule sowie zum lebenslangem Lernen in Fort-  
50 und Weiterbildung in den Blick nehmen.

51

52 Der 1970 gegründete Deutsche Bildungsrat hat erst-  
53 malig auf die Benachteiligung von armen Kindern aus  
54 sozioökonomisch belasteten Familien hingewiesen, die  
55 durch frühzeitige Förderung ausgeglichen werden müsst-  
56 te. 50 Jahre später kämpfen Gewerkschaften, Träger  
57 frühkindlicher Bildungseinrichtungen und Elternbeiräte  
58 immer noch um ein

59

60 Kitaqualitätsgesetz und aktuell um ein mit verbindli-  
61 chen Qualitätsstandards unterlegtes, auskömmlich fi-  
62 nanziertes Recht auf Ganztagsbetreuung zur besseren  
63 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

64

65 Die mangelhafte, völlig unzureichende Quote an  
66 Studien- und Ausbildungsplätze für Fachkräfte im  
67 gesamten Bildungssystem muss hier nicht erneut  
68 hervorgehoben werden.

69

70 Die Coronapandemie hat deutlich gemacht, dass Kin-  
71 der und Jugendliche sozialen Kontakt brauchen und Bil-  
72 dungseinrichtungen für viele von ihnen auch Schutz-  
73 raum vor elterlicher Gewalt ist. Viele Kinder und Ju-  
74 gendliche haben Lernlücken und leiden an psychischen  
75 Störungen, weil im monatelangen Lockdown die le-  
76 benswichtigen sozialen Kontakte zu Altersgefährte\*in-  
77 nen und der Austausch mit Lehrer\*innen und Erzie-  
78 her\*innen stark eingeschränkt waren.

79

80 Virolog\*innen und Epidemiolog\*innen haben die Bun-  
81 desregierung und die Ministerpräsident\*innen seit Be-  
82 ginn der Pandemie beraten. Diese haben wissenschaft-  
83 lich begründete Maßnahmen zum Schutz der Bevölke-  
84 rung getroffen.

85

86 Jetzt brauchen wir einen Schutzschirm für Kinder, Ju-  
87 gendliche und Familien sowie insbesondere für Kinder-  
88 tageseinrichtungen und Schulen in sozioökonomisch  
89 belasteten Stadtvierteln. Wir ordern, für den gesamten  
90 Bildungsbereich wissenschaftsbasierte Maßnahmen zu  
91 treffen und in Bildung zu investieren. Kinder brauchen  
92 Normalität an geschützten Orten, an denen sie sich täg-  
93 lich aufhalten sowie Resilienz- und Präventionsangebo-  
94 te, Maßnahmen, von denen wir wissen, dass sie Kindern  
95 helfen, mit psychischen Belastungen fertigzuwerden.

96

97 Wir fordern die Bazooka mit Wumms für die Bildung.  
98 Das Corona-Hilfspaket für die Wirtschaft umfasst 380  
99 Milliarden Euro und wurde beschlossen mit der Vorstel-  
100 lung, dass die Schulden nicht der nächsten Generation

101 aufgebürdet werden sollten, sondern dass wir durch ei-  
102 ne prosperierende Wirtschaft aus den Schulden heraus-  
103 wachsen können.

104

105 Investitionen in Bildung lohnen sich. Jede\*r Bildungs-  
106 wissenschaftler\*in rechnet vor, dass die Rendite bei  
107 auskömmlicher Bildungsfinanzierung ein Vielfaches der  
108 Kosten beträgt. Gut ausgebildete Fachkräfte zahlen  
109 Steuern und in die Sozialkassen ein. Die Wirtschaft be-  
110 nötigt nach den erhobenen Daten der Bundesagentur  
111 für Arbeit 400.000 Fachkräfte jährlich.

112

113 Geben wir allen Kindern und Jugendlichen eine Chance,  
114 im Bildungssystem erfolgreich zu sein. - Geben wir den  
115 7 Millionen funktionalen Analphabet\*innen, Flüchtlin-  
116 gen und Migrant\*innen durch Fort- und Weiterbildung  
117 die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zum Wohl der  
118 ganzen Gesellschaft.

119

120 Die Vision der „Achtundsechziger“, die gesamte Gesell-  
121 schaft durch mehr Bildungsqualität positiv verändern  
122 zu können, ist bisher von den handelnden Parlamenten  
123 noch nicht erfüllt.